




US-Fiskalstreit: Same procedure as every year

US-Fiskalstreit: Same procedure as every year
In den USA stehen in den kommenden Wochen wichtige Entscheidungen über das Budget des Bundes und die Anhebung der Schuldenobergrenze an. Eine Nicht-Einigung bezüglich des Bundesbudgets hätte zunächst wohl lediglich geringe wirtschaftliche Auswirkungen. Hingegen droht bei einer Nicht-Einigung bezüglich der Anhebung der Schuldenobergrenze im schlimmsten Fall eine Erschütterung des internationalen Finanzsystems. Alles in allem wird es insbesondere bezüglich der Anhebung der Schuldenobergrenze jedoch wie in den vergangenen Jahren voraussichtlich zu einer rechtzeitigen Einigung zwischen den beiden großen Parteien kommen. Gleichwohl dürfte die Konjunktur im Zuge der Verhandlungen (völlig unnötigerweise) vorübergehend gedämpft werden. Das kann aufgrund eines Anstiegs der Unsicherheit der privaten Haushalte und der Unternehmen der Fall sein. Auch die mit einer Einigung einhergehenden finanzpolitischen Entscheidungen (Ausgabenkürzungen, eventuell Steuererhöhungen) können zu einer vorübergehenden Dämpfung beitragen. In den kommenden Wochen stehen in den USA wichtige finanzpolitische Entscheidungen an. Ohne die Zustimmung der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus kann die Regierung weder das Budget für das Anfang Oktober beginnende Haushaltsjahr beschließen noch kann sie die Schuldenobergrenze (die wohl im Verlauf des Oktobers erreicht werden wird) anheben. Eine Nicht-Einigung könnte in beiden Fällen spürbare wirtschaftliche Auswirkungen haben; dies gilt insbesondere für die Schuldenobergrenze. Allerdings ist es gerade vor diesem Hintergrund sehr wahrscheinlich, dass es so wie bei vergleichbaren Verhandlungsrunden in den vergangenen Jahren gerade noch rechtzeitig zu einer Einigung kommt, da keine Partei für die Auswirkungen einer Nicht-Einigung verantwortlich gemacht werden will. Gleichwohl dürften die zähen Verhandlungen, die wohl wieder bis zur letzten Sekunde geführt werden, die Konjunktur zumindest vorübergehend dämpfen. Je zäher sie verlaufen, desto größer die Unsicherheit und desto schlechter das Investitionsklima", sagt Nils Jannsen, USA-Experte im Prognosezentrum des Instituts für Weltwirtschaft (IfW). "Das wäre absolut vermeidbar und deshalb mehr als ärgerlich" so Jannsen weiter. Sollte keine Einigung über das Budget des Bundes erzielt werden, so würde es ab dem 1. Oktober zu einem sogenannten "government shutdown" kommen. Die Regierung würde sich vorübergehend nur noch auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentrieren; viele Bedienstete würden vorerst nicht mehr bezahlt werden und Behörden würden schließen. Aktuelle Schätzungen für die direkten wirtschaftlichen Auswirkungen eines "government shutdowns" deuten auf lediglich geringe negative Effekte hin. So würde bei einer Dauer von einer Woche das Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 0,1 Prozent gedämpft werden. Abgesehen von den direkten Wirkungen eines "government shutdowns" können aber auch indirekte Auswirkungen die Konjunktur belasten. So dürfte sich die Unsicherheit unter den privaten Haushalte und Unternehmen mit zunehmender Dauer der Verhandlungen erhöhen, einerseits darüber, ob es überhaupt zu einer Einigung kommt und andererseits darüber, mit welchen politischen Maßnahmen (z.B. Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen) eine Einigung verbunden sein wird. Dies dürfte dazu führen, dass sich die privaten Haushalte mit größeren Anschaffungen vorerst zurückhalten und auch die Unternehmen Investitionen zum Teil erst einmal zurückstellen. Insgesamt würde ein "government shutdown" die Konjunktur wohl vorübergehend dämpfen, allerdings in einem überschaubaren Maße. Somit sind aller Voraussicht nach auch keine nennenswerten Übertragungseffekte für Deutschland oder den Euroraum zu erwarten. Ungleiche größere Risiken drohen, wenn die beiden Parteien sich nicht auf eine Anhebung der Schuldenobergrenze, die wohl gegen Mitte/Ende Oktober erreicht werden wird, verständigen können. Dies könnte im schlimmsten Fall dazu führen, dass es zu einem "technischen default" kommt, sofern die USA ihren Schuldendienst nicht mehr fristgerecht nachkommen können. Dies könnte nicht nur die nationalen, sondern auch die internationalen Finanzmärkte erschüttern. Alles in allem rechnen wir jedoch damit, dass es sowohl bezüglich des Budgets für das kommende Haushaltsjahr als auch bezüglich der Anhebung der Schuldenobergrenze recht-zeitig zu einer Einigung kommt", resümiert IfW-Forscher Jannsen. Allerdings dürften die Verhandlungen buchstäblich bis zur letzten Sekunde andauern und somit zu einer Erhöhung der Unsicherheit, zu Ausgabenkürzungen und unter Umständen auch Steuererhöhungen führen. Vor diesem Hintergrund erwartet Jannsen, dass die Konjunktur durch den US-Fiskalstreit bis in das kommende Jahr hinein gedämpft wird. Link zum IfW-Fokus 148: <http://www.ifw-kiel.de/medien/fokus> Dr. Nils Jannsen Makroökonomische Politik in unvollkommenen Märkten Telefon +49 431 8814 298 E-mail nils.jannsen@ifw-kiel.de 

Pressekontakt

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW)

24105 Kiel

Firmenkontakt

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW)

24105 Kiel

Das IfW im Überblick Das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) ist eines der großen Zentren weltwirtschaftlicher Forschung, wirtschaftspolitischer Beratung, ökonomischer Ausbildung und wirtschaftswissenschaftlicher Dokumentation. Das Institut sieht seine Hauptaufgabe in der Erforschung innovativer Lösungsansätze für drängende weltwirtschaftliche Probleme. Auf Basis dieser Forschungsarbeiten berät es Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und informiert die interessierte Öffentlichkeit über wichtige wirtschaftspolitische Zusammenhänge. Als Tor zur weltwirtschaftlichen Forschung pflegt es ein weit gespanntes Netzwerk aus nationalen und internationalen Experten, deren Forschungsarbeiten direkt oder indirekt in die Forschungs- und Beratungsaktivitäten des Instituts einfließen. Das Institut für Weltwirtschaft legt einen besonderen Schwerpunkt auf die ökonomische Aus- und Weiterbildung und kooperiert eng mit der ZBW, der weltgrößten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bibliothek. foto_ifw_antik.gif Das Institut wurde im Jahr 1914 als "Königliches Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft" von Bernhard Harms gegründet und später in "Institut für Weltwirtschaft" umbenannt. Es ist der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel angegliedert, ohne ein Teil von ihr zu sein. Das Institut für Weltwirtschaft gehört der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) an, die Institute und Serviceeinrichtungen von überregionaler

Bedeutung vereint. Seit dem 1. Januar 2007 ist das Institut für Weltwirtschaft eine unabhängige Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Schleswig-Holstein (Errichtungsgesetz der Stiftung IfW; Satzung der Stiftung IfW). Das Ziel der Forschung des Instituts für Weltwirtschaft ist es, innovative Lösungen für drängende weltwirtschaftliche Probleme zu entwerfen, die ökonomische Anreize zu einem eigenverantwortlichen Handeln des Einzelnen setzen und dadurch dem Bedürfnis der Menschen nach sozialer Gerechtigkeit Rechnung tragen. Um schnell und flexibel auf neue Problemfelder reagieren zu können, ist die Forschung des Instituts in kleineren Forschungs- und Projektbereichen organisiert (Organisationsstruktur). Die gegenwärtig sieben Forschungsbereiche bearbeiten eigenständig relativ eng umrissene Forschungsgebiete im Rahmen unserer Programme Internationale Wirtschaft und internationale Wirtschaftspolitik, Wirtschaftspolitische Maßnahmen für nachhaltige Entwicklung sowie Makroökonomische Aktivität und Politik. Diese dezentrale Struktur erlaubt es uns, die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter je nach Interesse und Bedarf flexibel einzusetzen und kurzfristig neue Forschungsfelder zu erschließen (Regeln zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis an der Stiftung Institut für Weltwirtschaft und Verfahren zum Umgang mit wissenschaftlichem Fehlverhalten). Die Forschungsaktivitäten werden unterstützt und ergänzt durch die Dienstleistungen der Zentren des Instituts. Die Zentren erstellen unter anderem die Konjunkturprognosen des IfW, erarbeiten neue Konzepte und Instrumente der wirtschaftspolitischen Beratung, entwickeln neue akademische Bildungsangebote, betreuen das Aufbaustudium Advanced Studies in International Economic Policy Research und veröffentlichen die Publikationsreihen des IfW. Für seine Anstrengungen zur Gleichstellung wurde das Institut 2010 mit dem Total E-Quality-Prädikat ausgezeichnet.